

Wettbewerbsfähigkeit gelingt nur mit einem starken Mittelstand

Mehrere Hundert Seiten umfasst der Bericht des ehemaligen Präsidenten der Europäischen Zentralbank (EZB), Mario Draghi, zur Wettbewerbsfähigkeit Europas. Ein Schriftstück, welches, ähnlich wie der kürzlich zurückliegende „Letta-Bericht“, diskussionswürdige Vorschläge zur Zukunft der europäischen Wirtschaft und der Handelsbeziehungen liefert. Klar ist: Die Europäische Union ist und bleibt nur mit einem starken Mittelstand wettbewerbsfähig!

Die Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand (PKM Europe), Marion Walsmann (CDU) und Markus Ferber (CSU) erklären hierzu:

Marion Walsmann: „Europas Wirtschaft wurde in den vergangenen Jahren mit der lang vernachlässigten Frage konfrontiert, wie sie ihre Wettbewerbsfähigkeit halten kann. Vor allem angesichts des globalen Wettlaufs zur Klimaneutralität und des zunehmend verringerten internationalen Marktanteils. Der Draghi Bericht kommt daher zur richtigen Zeit, müsste jedoch KMUs angesichts ihres Anteils an der Europäischen Bruttowertschöpfung und ihrer gesellschaftlichen Bedeutung stärker in den Blick nehmen. Die Ausführungen Draghis zu besserem Marktzugang, technologischer und digitaler Teilhabe oder KMU-berücksichtigenden Folgenabschätzungen der Kommission brauchen mehr Festigkeit. Die bürokratische Belastung und Detailvorgaben für Unternehmen schränken den Handlungsspielraum dieser zunehmend ein - das muss die Kommission spezifischer angehen.“

Markus Ferber: „Die Europäische Union hat mit der neuen Legislatur jetzt die Möglichkeit die politischen Weichen angesichts zunehmend erstarkender Wirtschaftskräfte neu zu stellen. Europa braucht, wie der Bericht richtigerweise anmerkt, diversifizierte Handelsketten, stärkeres Eigeninteresse im internationalen Handel, eine unabhängigere Energieversorgung, einen vertieften Kapitalmarkt, vereinfachte öffentliche Beschaffung oder gezielte Investitionen. Was Europa nicht braucht sind überprotektionistische Ansätze, einen Subventionswettbewerb oder gemeinsame Verschuldung. Wichtig wird vor allem sein, wie die „neue“ Kommission ihre gesetzgeberischen Prioritäten setzt. Ein befähigender, kohärenter Gesetzesrahmen, der vom Ein-Mann-Betrieb bis zum multinationalen Unternehmen denkt, sowie weitere Bestrebungen zur bürokratischen Entlastung dieser sind unerlässlich.“